

## Zur Ethik der politischen Koalition

Eine politische Gruppe von Männern, die sich mit Stolz Verteidiger der katholischen Kirche nennen, arbeitet in Koalition mit einer Gruppe, die den Marxismus auf ihre Fahne schreibt und die in ihrer Kinderfreunde-Bewegung eine Erziehung ohne Gott, ohne Christus, ohne Glauben, ohne Kirche erstrebt. Verbindet sich da nicht der Glaube mit dem Unglauben, die Religion mit dem Atheismus, das Christentum mit dem Heidentum, der Katholizismus mit dem Marxismus? Ist das nicht geradezu ein Verrat am Christentum?

Wenn Abgeordnete, hinter denen Millionen katholischer Wähler stehen, seit Jahren regelmäßig Verrat an christlichen Grundsätzen üben, so wäre es schon längst die Pflicht der bischöflichen Oberhirten gewesen, das katholische Volk zu warnen, ja sogar die Mitwirkung an einem solchen Verrat zu verbieten, wie das ja gegenüber andern Richtungen, soweit sie glaubensfeindliche Grundsätze vertreten, bis in die letzte Zeit hinein geschehen ist. Wie kommt es denn nun, daß trotz der Entschiedenheit, mit der die Kirche den Glaubensgefahren begegnet, die berufenen Führer der Kirche einerseits zwar dem marxistischen Unglauben den schärfsten geistigen Kampf ansagen, andererseits aber vor der so sehr angegriffenen Koalition überhaupt nicht gewarnt haben? Das müßte jeden Ankläger doch stutzig machen, es sei denn, daß er kirchlicher sein will als die Kirche, katholischer als die Bischöfe, päpstlicher als der Papst!

Bedeutet jedes Zusammengehen zu gemeinsamen Zielen ohne weiteres eine Gesinnungsgemeinschaft? Keineswegs. Wenn ein Schiff seine flehenden SOS-Rufe über den Ozean sendet, fragt keiner, zu welcher Weltanschauung sich die Kapitäne der zu Hilfe eilenden Schiffe bekennen. Wer ehrlich mithilft, unser Staatsschiff vor dem Untergang zu retten, der ist willkommen. Abmachungen, Abgrenzungen des gemeinsamen Rettungswerkes, praktische Richtlinien zur Zusammenarbeit sind da unvermeidlich. — Wenn sich bei der Bearbeitung zweier aneinanderstoßender Äcker Grenzschwierigkeiten ergeben, verständigen sich vernünftigerweise die Nachbarn in gegenseitiger Besprechung, ganz gleich, ob der eine ein gläubiger Katholik, der andere ein Gottesleugner ist. Aus dieser Selbstverständlichkeit heraus versteht sich das Wort unseres Papstes, wenn es für die Rettung einer Seele nötig wäre, würde er bereit sein, mit dem Teufel in Person zu verhandeln. Die Koalition mit der Partei einer andern Weltanschauung bedeutet demnach kein Preisgeben der eigenen Grundsätze, keine Anerkennung der andern Weltanschauung und keine Absicht, diese andere Weltanschauung zu fördern, sondern es handelt sich nur um das durch die Not geforderte praktische Zusammengehen in den gemeinsamen Aufgaben der Politik, solange die Grundsätze der eigenen Weltanschauung nicht angerührt werden. Deshalb ist eine solche Koalition in sich nicht unerlaubt. In der Enzyklika „Singulari quadam“ vom 24. September 1912 sagt Papst Pius X. ausdrücklich, die Katholiken hätten, „wo immer es sich um die Erreichung eines sittlich erlaubten Vorteils handelt“, durchaus „das Recht“, „sich mit Nichtkatholiken unter entsprechenden Vorsichtsmaßregeln zur Arbeit für das gemeinsame Wohl zu verbünden“ (Acta Apostolicae Sedis IV 659 f.).



Unrichtig wäre die Schlussfolgerung, dann sei ohne weiteres die Mitgliedschaft in einer Partei erlaubt, mit der eine Koalition erlaubt sei. Der Unterschied ist der: Das Mitglied einer Partei bekennt sich zum Programm und zu den Grundsätzen der Partei. Die Koalitionspartei aber bekennt sich weder zum Programm noch zu den Grundsätzen der andern Partei. Deshalb kann Koalition mit einer bestimmten Partei erlaubt sein, Mitgliedschaft unerlaubt.

Aber wenn auch eine Koalition in sich einwandfrei ist, so erhebt sich doch die Frage, ob sie etwa wegen der Folgen unerlaubt ist. Schwer läßt sich ja vermeiden, daß die andere Partei durch die Koalition irgendwie in ihrer Macht gestärkt wird. So träte also mit der Stärkung einer andern Weltanschauung eine Folge ein, die wir vom Boden unseres Glaubens aus nicht billigen dürfen, die wir sogar bekämpfen müssen. — Ganz abgesehen von der Tatsachenfrage, ob die politische Koalition zwischen Katholiken und Sozialdemokraten die sozialistische Weltanschauung wirklich stärkt, liegt in diesem Gedankengang eine grundsätzliche Unklarheit.

Ein sittlich guter Zweck kann nie und nimmer ein schlechtes Mittel heiligen, d. h. sittlich gut und erlaubt machen. Eine ganz andere Frage aber ist es, ob ich eine Handlung bloß deshalb unterlassen muß, weil sie neben den guten auch schlechte Wirkungen hervorbringt. Ich sehe voraus: aus einer Handlung fließen gleich unmittelbar zwei verschiedene Wirkungen, eine gute und eine schlechte, die gute ist beabsichtigt, die schlechte nicht — bin ich dann verpflichtet, wegen der vorausgesehenen schlechten Wirkung auf die ganze Handlung und somit auch auf ihre guten Wirkungen zu verzichten? Der Erfinder der Buchdruckerkunst sieht voraus, daß aus seiner Erfindung einerseits die herrlichsten, andererseits die verheerendsten Wirkungen folgen werden, die Verbreitung ebenso wohl guter wie schlechter Ideen. Muß er um der schlimmen Wirkungen willen auf die guten Wirkungen verzichten und seine Erfindung der Menschheit vorenthalten? Nein. Die Lehre der katholischen Moral besagt: „Indirekt gewollt ist, was nicht als direktes Mittel und nicht um seiner selbst willen beabsichtigt, sondern an sich nicht gewollt und nur wegen des unlösbaren Zusammenhanges mit dem angestrebten Ziel zugelassen und insofern mitgewollt ist (voluntarium indirectum sive in causa). Es fragt sich, wann eine solche üble Folge zugelassen werden darf. Ein und derselbe Akt kann zwei Wirkungen haben, wovon nur die eine intendiert wird, die andere aber wider die Absicht eintritt; die direkte Absicht ist sittlich entscheidend; gleichwohl darf die üble Folge nicht zugelassen, die betreffende Handlung nicht vollzogen werden, wenn keine entsprechend wichtigen Gründe vorhanden sind; bei entsprechend wichtigen kompensierenden Gründen dagegen ist die in sich nicht verwerfliche Handlung einwandfrei, wenn nur die unmittelbar intendierte Wirkung von der nicht beabsichtigten üblen Folge verschieden ist; natürlich hat man der üblen Folge nach Möglichkeit vorzubeugen“ (Schilling, Lehrbuch der Moralthologie Nr. 46, 3e). „Das als unmittelbare Folge intendierte Gut oder der unmittelbar abzuwehrende Schaden muß um so bedeutender sein, je schlimmer die Folge ist, je enger sie mit der betreffenden Handlung zusammenhängt, je wahrscheinlicher sie eintritt, und je bestimmter das vorausgesehene Übel sonst nicht eintrete, je schwächer der Rechtstitel ist, worauf der Handelnde sich berufen kann“ (ebd. Nr. 109, 3b).



Unter vier Bedingungen also darf die schlechte Wirkung einer Handlung mit in Kauf genommen werden: 1. Die Handlung darf nicht mit dem Sittengesetz in Widerspruch stehen. 2. Sie muß eine gute Wirkung wenigstens ebenso unmittelbar haben wie eine schlechte. 3. Der Handelnde muß einen sittlich guten Zweck verfolgen. 4. Er muß einen Grund haben, der nach allen Seiten hin wichtig genug ist, um die Zulassung der schlechten Wirkung zu rechtfertigen. Wenden wir diese Grundsätze auf unsere Frage unter der Voraussetzung an, daß die Koalition günstige Folgen für eine von der Kirche mißbilligte Weltanschauung hätte. 1. Die Koalition mit einer Partei anderer Weltanschauung steht in sich nicht in Widerspruch mit dem Sittengesetz. 2. Aus der Koalition ergibt sich der gute Erfolg (die unbedingt notwendige Aufbauarbeit) und der schlechte Erfolg (eine gewisse Kräftigung der gegnerischen Weltanschauung). Diese beiden Folgen ergeben sich gleich unmittelbar. 3. Der Zweck der Koalition ist sittlich gut: die Rettung des Staates. 4. Das zugelassene Übel, die Stärkung der gegnerischen Weltanschauung, wird durch die erstrebten Güter genügend kompensiert, weil der Verzicht auf ruhige Aufbauarbeit schließlich das physische, sittliche und religiöse Chaos unseres Volkes bedeuten, also gegnerische Weltanschauungen noch weit mehr stärken würde. Wenn ich sehe, daß jemand einen Wagen zu sehr nach links lenken will, deshalb aufspringe, auch in die Zügel greife, um sie an entscheidenden Punkten nach der andern Seite zu reißen, so sitze ich zwar mit dem andern zusammen und halte mit ihm die Zügel, aber nicht um seine, sondern um meine Absichten nach Möglichkeit zu verwirklichen und den Wagen vor dem Abgleiten zu bewahren.

Wenn grundsätzlich die verschiedensten Koalitionen nach links oder rechts hinüber unter bestimmten Bedingungen sittlich erlaubt sind, so hat sich die Bevorzugung einer bestimmten Koalition im gegebenen Zeitpunkt lediglich nach dem obersten Ziel der Politik zu richten, nach der Frage: Was verlangt hier und jetzt das Gesamtwohl des Volkes? Da die politischen Möglichkeiten sich ändern, kann das Gesamtwohl des Volkes einmal diese, ein andermal jene Koalition mehr empfehlen. Sind wir deshalb um des Gesamtwohles willen grundsätzlich nach verschiedenen Seiten zur Koalition bereit, so kann nur oberflächliche Betrachtungsweise darin Mangel an Grundsatzfestigkeit erblicken. Das Festhalten an einer bestimmten Koalition auf Kosten des Gesamtwohles wäre ebenso eine sinnlose Verkehrung von Mittel und Zweck wie das Festhalten an einer bestimmten Staatsform sogar dann, wenn dadurch der Staat zu Grunde ginge. Carl Schmitt schreibt in seinem Büchlein „Römischer Katholizismus und politische Form“ (8 ff.): „Am meisten hört man den ... Vorwurf, daß die katholische Politik nichts ist als ein grenzenloser Opportunismus. Ihre Elastizität ist in der Tat erstaunlich. Sie verbindet sich mit entgegengesetzten Strömungen und Gruppen, und tausendmal hat man ihr vorgerechnet, mit welchen verschiedenen Regierungen und Parteien sie in den verschiedenen Ländern Koalitionen geschlossen hat; wie sie, je nach der politischen Konstellation mit Absolutisten oder Monarchomachen geht.... Mit jedem Wechsel der politischen Situation werden anscheinend alle Prinzipien gewechselt, außer dem einen, der Macht des Katholizismus.... Manches an dieser Vielseitigkeit und Vieldeutigkeit, das Doppelgesicht, der Januskopf ... läßt sich durch politische oder soziologische Parallelen einfach erklären. Jede Partei, die eine



festeste Weltanschauung hat, kann in der Taktik des politischen Kampfes Koalitionen mit den verschiedenartigsten Gruppierungen bilden. Für den überzeugten Sozialismus, soweit er ein radikales Prinzip hat, gilt das nicht weniger als für den Katholizismus. Auch die nationale Bewegung hat, je nach der Situation des einzelnen Landes, bald mit der legitimen Monarchie, bald mit der demokratischen Republik ein Bündnis geschlossen. Unter dem Gesichtspunkt einer Weltanschauung werden alle politischen Formen und Möglichkeiten zum bloßen Werkzeug der zu realisierenden Idee.... Der Kardinal Mercier von Mecheln so gut wie der Bischof Korum von Trier haben nationale Würde und Selbstbewußtsein großartiger und eindrucksvoller repräsentiert, als Handel und Industrie es taten, und das vor einem Gegner, der durchaus nicht als ein Feind der Kirche auftrat, sondern eher eine Allianz mit ihr suchte.... Von der politischen Idee des Katholizismus aus betrachtet, liegt das Wesen dieser römisch-katholischen *complexio oppositorum* in einer spezifisch formalen Überlegenheit über die Materie des menschlichen Lebens, die bisher kein Imperium gekannt hat. Hier ist eine substantielle Gestaltung der historischen und sozialen Wirklichkeit gelungen, die trotz ihres formalen Charakters ein existentielles Ethos hat, lebensvoll und doch im höchsten Maße rational ist.“

Da Politik praktisch nichts anderes ist als die Kunst, durch geeignete Auswahl der Mittel, die Staatszwecke möglichst vollkommen zu verwirklichen, die Staatszwecke selbst aber als sittliche Forderungen der sozialen Menschenatur von Gott selbst gewollt sind, so ist es auch Gottes Wille, daß die Gläubigen für eine gottgewollte Politik nach Kräften sich einsetzen. Verzicht auf Politik wäre Verzicht auf die von Gott beabsichtigte Weltgestaltung. Schon die Rücksicht auf das zeitliche Wohl des Volkes verlangt es, daß der Sternenhimmel des christlichen Sittengesetzes auch über dem Gebiete des rein politischen Schaffens leuchte. Wollen wir neben all den verheerenden Ideen des Unglaubens auch unsere Ideen in der Politik wirksam zur Geltung bringen und dem christlichen Einflusse seinen Platz für positive politische Arbeit sichern, dann ist das gar nicht möglich ohne Koalition. Da aber praktisch beinahe hinter jeder Partei eine andere Weltanschauung steht, würden wir durch Verzicht auf eine solche Koalition die eigene Weltanschauung ausschalten und den gesamten Einfluß im politischen Leben gegnerischen Weltanschauungen überlassen. Das können wir nicht mit der uns von Gott auferlegten Pflicht vereinbaren. Die Koalition mit einer Partei anderer Weltanschauung ist demnach nicht bloß nicht gegen das Sittengesetz, sie kann sogar zur heiligsten Pflicht werden.

Aber warum dann nicht wenigstens eine Koalition mit allen christlich Gesinnten? Wenn es auf uns allein ankäme, tausendmal lieber als mit ungläubigen Richtungen! Doch hart im Raume stoßen sich die Dinge. Abgesehen davon, daß nur dann eine Koalition Sinn hat, wenn sie eine stetige und gedeihliche Aufbauarbeit garantiert, erheben sich noch andere Schwierigkeiten.

Die erste liegt schon darin, den Begriff „christlich gesinnt“ überhaupt zu umgrenzen. Der eine versteht unter dem Wort christlich nichts anderes als ein edles, hilfreiches, natürliches Menschentum, der andere einen klar bestimmten übernatürlichen Glauben, ein dritter bezeichnet gerade das Abbrücken vom Glauben als christlich, ein vierter tritt ein für ein „positives Christentum“,



das in Widerspruch gesetzt wird mit dem „negativen“. Für andere wieder decken sich die Begriffe Deutschtum und Christentum wie zwei kongruente Dreiecke. Als Christentum wird gepriesen die Hegelsche Staatsvergottung, die Unterordnung der wahren Religion unter das Sittlichkeitsgefühl der Rasse, die unbedingte Forderung eines arischen Christus, ja sogar die Weltanschauung des Pantheismus. Daß Ludendorff für seine Religion der Rasse den christlichen Namen ablehnt, ist wenigstens konsequent. So stellt uns schon die Frage nach dem Begriff der Worte „gläubig“ und „christlich“ vor ein tausendfaches Durcheinander und Gegeneinander von Ansichten. Wir können ja scheinbar noch nicht einmal durch gemeinsame Abstimmung der christlichen Abgeordneten ein befriedigendes Schulgesetz erreichen.

Die zweite Schwierigkeit in vielen christlichen Gemütern ist der antirömische Affekt, dessen Wellenschlag man weithin spürt. Obwohl nach katholischer Lehre der Papst für die Katholiken nur in religiösen Fragen einfachhin, in gemischten bloß insofern sie die Religion berühren, zuständig ist, während in rein politischen Fragen dem Staate volle Souveränität zusteht, können sich viele immer noch nicht dazu verstehen, im Katholiken einen vollwertigen Deutschen zu erblicken. Sie sind für die katholische Vergangenheit des ganzen deutschen Volkes und für die Tatsache, daß ohne die Katholiken Deutschland vielleicht schon längst eine Beute des Bolschewismus geworden wäre, völlig blind. Oft genug stehen wir vor der tragischen Erfahrung, daß in Städten oder Gemeinden ungläubige Abgeordnete den Katholiken das zugestehen, was gläubige Mitchristen bei der Abstimmung ihnen versagen.

Die dritte und größte Schwierigkeit, die mit den beiden ersten innig verflochten ist, besteht in der Meinungsverschiedenheit über die Richtigkeit des politischen Vorgehens. Nachdem wir den größten aller Kriege der Weltgeschichte verloren haben, gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder mühselig und opfervoll Schritt für Schritt uns emporzuarbeiten oder aber durch eine Katastrophenpolitik das Chaos herbeizuführen. Während die übergroße Mehrzahl der Katholiken sich für den ersten Weg entschieden hat, liebäugeln nicht wenige Christen anderer Richtung mit dem zweiten.

Wir können nun aber mit der Rettungsarbeit unmöglich warten, bis diese Schwierigkeiten, die einer Koalition aller christlich Gesinnten im Wege stehen, beseitigt, alle Affekte gelöst und alle politischen Ansichten geeinigt sind. Namentlich die Gefahr, die uns durch den Bolschewismus droht, kann unter Umständen sofortiges Handeln verlangen. Und in solchen Fällen erscheint es, obwohl wir jede unchristliche Weltanschauung mißbilligen und bekämpfen, dennoch als nicht nur erlaubte, sondern als vom katholischen Standpunkte richtigere Politik, eine weltanschaulich feindliche, aber in ihren politischen Methoden gemäßigte Partei in die Front des staatlichen Aufbaus einzubeziehen, anstatt sie in einen gewalttätigen politischen und weltanschaulichen Radikalismus abzudrängen.

Franz Xaver Rother S. J.